

Die Freitextantworten der Umfrage „**Handynutzung an Schulen**“ der **LE Gymnasien in NRW** lassen sich inhaltlich in mehrere große Themenbereiche gliedern. Hier ist eine strukturierte Zusammenfassung der häufigsten Aussagen und Positionen:

■ 1. Wunsch nach strikterem Handyverbot (häufigste Nennung)

- Viele Eltern fordern ein **komplettes Handyverbot während der Schulzeit**, teils auch **inklusive Schulweg**.
 - Argumente:
 - Ablenkung vom Unterricht und Lernen
 - Störungen des sozialen Miteinanders
 - Mobbing, Pornografie, Gewaltvideos, Social-Media-Druck
 - Psychische Gesundheit, Konzentrationsprobleme
 - Zahlreiche Vorschläge für **Abgabe am Schulbeginn** (z. B. Handybox, Spind, verschließbare Hülle).
 - Teilweise wird ein **Verbot bis 16 Jahre oder Klasse 10** gefordert.
-

■ 2. Konsequente Umsetzung bestehender Regeln

- Viele Eltern bemängeln, dass es zwar Regeln gibt, diese aber **nicht konsequent durchgesetzt** werden.
 - Lehrkräfte würden unterschiedlich handeln („der eine Lehrer erlaubt’s, der andere nicht“).
 - Forderung nach **einheitlicher und konsequenter Anwendung** durch alle Lehrkräfte und Schulen.
-

■ 3. Aufklärung und Medienkompetenz statt nur Verbote

- Zahlreiche Antworten fordern **mehr pädagogische Aufklärung** über:
 - Gefahren im Internet (Mobbing, Datenschutz, Fake News, Sucht)
 - verantwortungsvolle Nutzung von Social Media
 - rechtliche Grundlagen (z. B. Urheberrecht, Privatsphäre)
 - Vorschläge für ein **Schulfach „Medienkompetenz“** oder regelmäßige Workshops.
 - Einige Eltern sehen reine Verbote als **nicht zielführend** und wünschen **begleitete, reflektierte Nutzung**.
-

■ 4. Differenzierung nach Altersstufen

- Viele halten eine **altersabhängige Regelung** für sinnvoll:
 - **Strenges Verbot** in Erprobungs- und Mittelstufe
 - **Lockerungen für Oberstufe**, z. B. Nutzung in Pausen oder Freistunden

- Argument: Jugendliche in der Oberstufe seien verantwortungsbewusster und bräuchten Handys für Organisation (z. B. Stundenplan, Busverbindungen).
-

■ 5. Einheitliche Regelung auf Landes- oder Bundesebene

- Häufig geäußelter Wunsch nach **landesweit einheitlichen Regeln**, um Ungleichheit zwischen Schulen zu vermeiden.
 - Kritik: Bisher müssen Schulen eigene Ordnungen entwickeln – Eltern wünschen klare politische Vorgaben.
-

■ 6. Nutzung zu schulischen Zwecken

- Manche befürworten **kontrollierte Nutzung für Unterrichtszwecke**, besonders wenn **nicht genug Tablets** vorhanden sind.
 - Forderung nach **technischen Schutzmaßnahmen** (z. B. Firewalls, App-Whitelists).
 - Vorschläge für Unterscheidung zwischen **privatem Smartphone** und **schulischem iPad**.
-

● 7. Sonderaspekte

- **Erreichbarkeit im Notfall**: Einige Eltern möchten, dass Kinder im Notfall telefonieren können.
 - **Lehrkräfte als Vorbilder**: Kritik daran, dass Lehrer Handys nutzen dürfen, Schüler aber nicht.
 - **Soziale Aspekte**: Wunsch nach mehr Bewegung, Kommunikation, Spielen in Pausen.
 - **Ungleichbehandlung bei Durchsetzung**: Inkonsequente Sanktionen werden als unfair empfunden.
-

■ 8. Minderheitenmeinungen

- Eine kleinere Gruppe lehnt Verbote ab:
 - Handynutzung gehöre zur modernen Lebensrealität.
 - Kinder müssten lernen, **Eigenverantwortung** zu übernehmen.
 - Strikte Verbote seien „nicht zeitgemäß“ oder „übertrieben“.
-

🗨️ Fazit

Insgesamt dominiert klar der Wunsch nach **strengerer, einheitlicher und konsequenter Regulierung** der Handynutzung an Schulen, insbesondere in den unteren Klassen.

Ergänzend wünschen sich viele Eltern **mehr Medienbildung** statt reiner Verbote, **einheitliche Regeln** für alle Schulen und eine **klare Vorbildrolle** der Lehrkräfte.
